

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Krieg im Nahen Osten: Erklärung von Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments



Zu Beginn der Parlamentstagung in diesen Tagen in Straßburg hat der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, eine Erklärung zur Situation im Nahen Osten abgegeben. Pöttering sagte, es sei nicht akzeptabel, dass das Leiden der Bevölkerung in dieser Weise weitergehe, dass die Gewalt fortgesetzt werde und mittlerweile auch Mitarbeiter der Vereinten Nationen unter Beschuss kämen. Es müsse zu einer sofortigen Beendigung der Gewalt auf beiden Seiten kommen. Es sei „völlig unannehmbar“ und müsse aufs Schärfste kritisiert werden, wenn die Hamas mit Raketen israelische Städte beschleie. Es dürfe auch nicht vergessen werden, dass es die Hamas gewesen sei, welche den Waffenstillstand beendet habe. Doch dürfe die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht außer Acht gelassen werden. „Alle Menschen im Nahen Osten besitzen die gleiche Würde. Das unveräußerliche Recht eines Staates, sich zu schützen, rechtfertigt nicht Gewaltaktionen, unter denen in erster Linie die Zivilbevöl-

kerung leidet“, so Dr. Thomas Ulmer im Europäischen Parlament.

„Die Reduzierung von Sicherheit auf rein militärische Aspekte ist zum Scheitern verurteilt“, betonte Pöttering. Es könne daher keine ausschließlich militärische Lösung für das Nahost-Problem geben. Vielmehr müsse endlich eine politische Lösung erreicht werden. Dies heiße vor allem, aus dem Scheitern des bisherigen Vorgehens Lehren zu ziehen. Deshalb gehe es jetzt darum, Maßnahmen zu ergreifen, die nicht nur tragfähig, sondern vor allem dauerhaft seien. Es sei „bedrückend“, dass die rechtlich verbindliche Resolution des UN-Sicherheitsrats, hinter der das EP „voll und ganz“ stehe, von beiden Konfliktparteien missachtet werde.

Die EU müsse zusammen mit den Mitgliedern des Quartetts, den gemäßigten arabischen Partnern und allen Beteiligten im Konflikt unter dem Schirm der Vereinten Nationen eine rasche Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen herbeiführen. Eine umfassende Lösung setze aber natürlich

auch eine Versöhnung der palästinensischen Fraktionen voraus.

„Die internationale Gemeinschaft muss bereit sein, mehr als jemals zuvor, den Frieden im Nahen Osten zu fördern, damit die bitteren Ereignisse der vergangenen Jahrzehnte nicht noch für weitere Jahrzehnte bittere Erfahrungen bleiben“, sagte der Parlamentspräsident. Internationale Truppen könnten und müssten helfen, einen Waffenstillstand abzusichern. Es gelte, alle

Bemühungen zu unternehmen, damit der französisch-ägyptische Plan zur Einsetzung eines internationalen Mechanismus zur Sicherung der Gazagrenzen wirklich zum Erfolg werde. Und es müsse natürlich vorrangig der Schmuggel der Waffen und Raketen unterbunden werden. Pöttering: „Ein Einsatz europäischer und internationaler Sicherheitskräfte darf nicht nur kurzfristig das Schweigen der Waffen garantieren.“

Pöttering formulierte drei Forderungen:

1. Es müsse zu einem sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand kommen. Dieser Waffenstillstand müsse mit der Vermittlung Ägyptens und unter Einbeziehung aller Akteure erreicht werden.
2. Der sofortige ungehinderte Zugang für humanitäre Hilfe müsse gewährleistet werden und die United Nations Work and Relief Agency (UNRWA) in die Lage versetzt werden, ihre humanitären Aktivitäten unbehindert fortzuführen, und zwar „nicht nur für drei Stunden am Tag!“
3. Die Intensivierung des Friedensprozesses: „Die einzig tragfähige Grundlage für einen dauerhaften Frieden ist und bleibt eine Zwei-Staatenlösung mit Israel und Palästina als souveräne Staaten in sicheren Grenzen.“

10 Jahre Euro: Feierliche Sitzung zum Jubiläum

Am 31. Dezember 1998 trat die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in Kraft und die Wechselkurse zwischen dem Euro und den einzelnen Währungen der Mitgliedstaaten wurden festgelegt. Am 1. Januar 1999 wurde der Euro gesetzliche Buchungswährung.

In diesen Tagen wurde vom Europaparlament das 10-jährige Bestehen der gemeinsamen Währung gefeiert. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, nannte den

Euro „einen der wichtigsten historischen Schritte, die die Europäische Union bislang unternommen hat.“ Als der Euro eingeführt wurde, habe man auch viel Skepsis vernahmen können. Doch zehn Jahre später könne man feststellen, dass der Euro Vertrauen genieße: „Die Eurozone ist zu einem Fels makroökonomischer Stabilität geworden“, so Pöttering.

Auch der Europaabgeordnete-



Politik hautnah erleben

Das Europäische Parlament empfängt Besuchergruppen während und außerhalb der Tagungen an seinen drei Arbeitsorten Brüssel, Luxemburg und Straßburg. Ein Besuch dauert etwa 1 bis 3 Stunden und beinhaltet einen Vortrag mit Diskussion mit einem Beamten über die Rolle und die Arbeitsweise des EP. Einige Besuchsprogramme beinhalten den Meinungsaustausch mit einem Europaabgeordneten.

Die Abteilung „Besuchergruppen und Seminare“ der Generaldirektion Information und Öffentlichkeitsarbeit freut sich auf Ihr Interesse und Ihren Besuch.

Einzelheiten der Besuchsmodalitäten können Sie unter folgender E-Mail-Adresse anfordern: vissem@europarl.eu.int.

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

te der Region Nordbaden, Dr. Thomas Ulmer, betont, dass sich der Euro gerade in den letzten Monaten als entscheidender Stabilitätsfaktor erwiesen habe: „Die gemeinsame Währung hat uns vor den schlimmsten Folgen der bedeutendsten Finanzkrise seit den dreißiger Jahren bewahrt“, so Ulmer. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, sagte, der Euro sei „eine der größten Errungenschaften Europas.“ Die Gründerväter seien „Visionäre und entschlossene, überzeugte und mutige Europäer gewesen.“ Seit der Einführung des Euro würden die europäischen Länder eine außergewöhnliche Preisstabilität genießen, die viele Vorteile bringe und mittel- und langfristig zu gemeinsamem Wohlstand führen werde. Man dürfe sich jedoch nicht auf dem Erfolg ausruhen, denn es werde weitere neue Herausforderungen geben. Man habe eine Verantwortung für die Zukunft, der man mit „Weitsicht“ begegnen müsse. Für den Präsidenten der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, ist die Wirtschafts- und Währungsunion ein Beispiel für die

ehrzehigen Ziele, die sich die Europäische Union gesetzt habe. Der Euro spiegle den Geist und die Entschlossenheit der europäischen Einigung wider.

Nach Ansicht von Joaquín Almunia, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, sei der Euro beziehungsweise die Wirtschafts- und Währungsunion ein klarer Erfolg. Der Euro stelle heute die zweite Weltwährung dar und werde von 330 Millionen Bürgern in 16 Staaten verwendet. Der Euro sei jedoch nicht nur eine Währung, er sei ein „Symbol des gemeinsamen europäischen Unterfangens“.

Der frühere französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing erklärte, er sei der Auffassung, dass man sich grundsätzlich „nicht in Feierlichkeiten verzetteln“ sollte, jedoch sei eine Feier zum 10-jährigen Euro-Jubiläum durchaus gerechtfertigt. Der Euro sei „eine der größten Errungenschaften der Integration“, doch der Weg dahin sei ein langer gewesen und man müsse denjenigen, die ihn gegangen sind, Respekt zollen.

EU-Pestizidpolitik: Europaparlament verabschiedet neue Richtlinie

Das Europäische Parlament hat die neue EU-Pestizidpolitik verabschiedet. Das Paket besteht aus einer Verordnung zur Produktion und Zulassung von Pestiziden und einer Richtlinie zu deren nachhaltigem Einsatz. Gefährliche Stoffe werden verboten. Empfindliche Gebiete wie Spielplätze oder Parks werden besser geschützt, ebenso die aquatische Umwelt und die Trinkwasservorräte. Das Risiko beim Einsatz von Pflanzenschutzmit-

teln soll minimiert und das Suchen nach Alternativen gefördert werden.

„Mit den neuen Vorgaben hat das Parlament für mehr Sicherheit für die Anwender, die Verbraucher und die Umwelt gesorgt. Ziel war es nicht, den Betroffenen die Grundlage für erfolgreiches Anbauen von Nahrungsmitteln zu neh-

Gesunde Lebensmittel für Europas Bürger:

Die Europäische Union sieht es als wichtige Aufgabe an, den Ansprüchen der Verbraucher an die Sicherheit und Qualität von Lebensmitteln gerecht zu werden. Gesunde Pflanzen sind gesunde Lebensmittel!



EU-Kompromiss zur Mindestabsicherung von Bankeinlagen

Das Europäische Parlament hat die Richtlinie zur Mindestsicherung von Bankeinlagen verabschiedet. Erreicht wurden die Erhöhung des Sicherungsniveaus, eine deutliche Reduzierung der Auszahlungsfristen im Krisenfall und der Wegfall der Mitversicherung. Es war nicht hinnehmbar, dass große Banken den Niedergang ihrer Institution nicht voraussehen können, aber kleine Anleger daran beteiligt werden sollen. Erreicht wurde, dass ab dem Jahre 2010 das Absicherungsniveau auf 100.000 Euro erhöht wird, das sind 90 Prozent der Einlagen in Europa.

Seit 1994 ist durch EU-Recht sichergestellt, dass alle Mitgliedstaaten über ein Einlagensicherungssystem verfügen, das greift, wenn Banken Konkurs anmelden müssen. Die Ereignisse der Jahre 2007 und 2008 sowie insbesondere die aktuellen Turbulenzen an den Finanzmärkten haben jedoch die Schwachstellen und ihre Folgen für das Anlegervertrauen in bisher unbekanntem Maße zutage treten lassen. Die Mindestsicherung von Bankeinlagen wird bis spätestens 30. Juni 2009 auf 50.000 Euro sowie in einem zweiten Schritt bis spätestens 31.12.2010 auf 100.000 Euro angehoben. Mit den neuen Deckungssummen werden schätzungsweise 80 Prozent (bei einer Deckungssumme von 50.000 Euro) beziehungsweise 90 Prozent (bei einer Deckungssumme von 100.000 Euro) aller Einlagen erfasst.

Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, dass alle Zahlungen innerhalb von drei Tagen zu tätigen sind. „Dies ist illusorisch und hätte das ohnehin schon angeschlagene Vertrauen in das Finanzsystem noch weiter gefährdet“, so Dr. Thomas Ulmer, Europaabgeordneter der Region Nordbaden. Beschlossen wurde nun, dass Zahlungen binnen 20 Arbeitstagen zu tätigen sind. „Wir hielten von Anfang an die Dreitagesfrist für unrealistisch. Ich glaube, mit den 20 Tagen geht man ein Versprechen ein, das in der Realität darzustellen ist und die Anleger nicht enttäuscht“, erklärte Ulmer. Allerdings werden die Mitgliedstaaten angehalten, „so rasch wie möglich“ Vorkehrungen zu treffen, um auf Antrag des betroffenen Einlegers innerhalb von höchstens drei Tagen nach Eingang des Antrags die Sofortauszahlung „angemessener Beträge“ zu gewährleisten. Da die Verringerung der derzeitigen Auszahlungsfrist von drei Monaten positive Auswirkungen auf das Vertrauen der Anleger und das ordnungsgemäße Funktionieren der Finanzmärkte haben werde, sollten die Mitgliedstaaten und ihre Einlagensicherungssysteme gewährleisten, dass die Auszahlungsfrist so kurz wie möglich ist.



NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

men. Wir haben durchgesetzt, dass krebserregende, erbgutverändernde oder fortpflanzungsgefährdende Stoffe vom Markt verschwinden“, so Dr. Thomas Ulmer, Umweltextperte im Europäischen Parlament. Nach dem nun vereinbarten Text werden in Deutschland acht Prozent der zugelassenen Wirkstoffe betroffen sein, statt der befürchteten 85 Prozent, die noch nach dem Ergebnis des Parlaments in erster Lesung bedroht waren. Fünf Wirkstoffe fallen unter die Einstufungen als erbgutverändernd, krebserzeugend und fortpflanzungsgefährdend der Kategorien 1 und 2.

Legt man die Bewertung des Ergebnisses zu Umwelthormonen (Endokrine Disruptoren), also vom Menschen hergestellte chemische Verbindungen, zugrunde, dann sind bis zu 8 weitere Wirkstoffe in Deutschland betroffen. Im Umweltbereich (Risiken für die Umwelt) kann man sehr vorsorglich von maximal 6 weiteren Wirkstoffen ausgehen. Wenn man berücksichtigt, dass in Deutschland derzeit insgesamt 252 Wirkstoffe in Pflanzenschutzmitteln zugelassen sind, entsprechen die 19 Wirkstoffe, die durch die hier aufgeführten Kriterien betroffen sind, ca. acht Prozent der derzeit in Deutschland zugelassenen Wirkstoffe. Bei der Einschätzung der Auswirkungen auf die Landwirtschaft ist zu berücksichtigen, dass die oben aufgeführten Krite-

rien erst mittelfristig wirksam werden, wenn die aktuellen Zulassungen auf EU-Ebene erneut zur Überprüfung anstehen (d.h. nach Ablauf von 10 Jahren nach Erstzulassung der Wirkstoffe). Dies bedeutet, dass viele der aufgeführten Wirkstoffe erst in 8, 9 oder 10 Jahren von den neuen Kriterien betroffen sein werden. Zudem ist davon auszugehen, dass die chemische Industrie zumindest einige der Wirkstoffe in den kommenden Jahren durch andere Stoffe ersetzt haben wird. Für die Fälle, in denen eine anders nicht abzuwendende Gefahr für die Pflanzengesundheit besteht und keine Alternativen verfügbar sind, ist eine Ausnahmeregelung in der Verordnung vorgesehen. Daher werden von der neuen Zulassungsverordnung sicher einige Pflanzenschutzmittel in Deutschland betroffen sein. Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft sind aber akzeptabel und vor dem Hintergrund einer stärkeren Harmonisierung der Zulassung und der damit verbundenen Wettbewerbsangleichung hinnehmbar. Auch Dr. Thomas Ulmer MdEP hat dafür gekämpft, dass sich die Einschnitte nicht so gravierend für Deutschlands Landwirte auswirken, wie es von den Grünen anfangs gefordert wurde. „Dafür haben wir uns starkgemacht, dafür werden wir uns auch weiter in Zukunft zum Wohle unserer Landwirte einsetzen“, sagte Ulmer.

Europawahl 2009

Vom 04. - 07. Juni 2009 findet die 7. Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. Zum ersten Mal nehmen Bürgerinnen und Bürger aus 27 Mitgliedstaaten an der Europawahl teil, rund 375 Millionen EU-Bürger werden im Juni 2009 wahlberechtigt sein.

In Deutschland wird am 07. Juni 2009 gewählt.

Nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes werden in Deutschland 62,2 Millionen Deutsche und 2,1 Millionen Unionsbürger wahlberechtigt sein.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantwortl.), Tarunstr. 21, 74821 Mosbach, Telefon 06261.893990 Telefax 06261.893069

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahgang.com

Fotos: Fotolia, Texte: Dr. Thomas Ulmer MdEP

E-Mail: info@thomasulmer.eu - Internet: www.thomasulmer.eu

EU-Kommission hebt Beihilferahmen befristet an



Im Rahmen ihres Konjunktur-Programms hat die EU-Kommission befristet den Beihilferahmen aufgestockt. Der Beihilferahmen soll einer Kreditklemme entgegenwirken.

Ziel der Aufstockung ist:

1. eine ausreichende Kreditvergabe an Unternehmen sicherzustellen
2. Unternehmen, die krisenbedingt mit Liquiditätsengpässen zu kämpfen haben, durch begrenzte Zuwendungen vorübergehend zu unterstützen
3. Anreize für Unternehmen zu setzen, weiterhin in umweltfreundliche Produkte zu investieren

Zur Erreichung dieser Ziele können die Mitgliedstaaten unter bestimmten Voraussetzungen bis Ende 2010 unter anderem folgende Arten von Beihilfen vergeben:

- pauschale Zuwendungen im De-Minimis-Rahmen von bis zu 500.000 Euro pro Unternehmen für die nächsten zwei Jahre zur Überwindung der derzeitigen Schwierigkeiten
- staatliche Kreditbürgschaften mit günstigen Prämien
- subventionierte Kredite insbesondere zur Herstellung umweltfreundlicher Produkte
- Risikokapitalbeihilfen bis zu 2,5 Mio. Euro (statt derzeit 1,5 Mio. Euro) pro KMU und Jahr, sofern private Investoren mindestens 30 Prozent (bisher 50 Prozent) der Investitionskosten tragen
- bei Andauern der Krise ist eine Verlängerung der Maßnahmen nach Prüfung durch die EU-Kommission möglich

Dr. Thomas Ulmer MdEP begrüßte die Unterstützung der Kommission:

„Gerade die Finanzkrise zeigt uns jetzt ganz deutlich, dass es zu Europa keine Alternative gibt. Gemeinsames Handeln macht Europa stark.“

